

Agenturschluss

Am 3. Januar protestierten wir vor der "Hartz IV"-Behörde in der Uferstrasse gemeinsam mit Erwerbslosen gegen die Einführung der "Hartz IV"-Gesetze. Bundesweit fanden an dem Tag Proteste, Besetzungen, Blockaden und Aktionen vor Arbeits- und Personal-Service-Agenturen sowie den Hartz-Behörden im Rahmen der "Agenturschluss"-Kampagne statt. Das Ziel der Aktionen ist es, die politisch Verantwortlichen und die umsetzenden Behörden unter Druck zu setzen sowie die Realisierung und Durchführung dieser Maßnahmen des Sozialabbaues ("Arbeitslosen-Geld II" / "Ein-Euro-Jobs") ganz praktisch zu behindern. Außerdem müssen möglichst viele Träger der "Ein-Euro-Jobs" davon abgehalten werden, diese einzurichten. Diese Proteste sind der Versuch, punktuell die bürokratische Maschinerie zu stören und Widerstand gegen Sozialabbau und "Hartz IV" zu leisten. Zumindest auf kommunaler Ebene ist die Behinderung von "Hartz IV" möglich.

Prekär gets usual

"Ein-Euro-Jobs" müssen der Hauptangriffspunkt für eine Bewegung gegen "Hartz IV" sein, denn sie sind eines der zentralen arbeitsmarktpolitische Mittel des Gesetzes. In ihnen kommt die Entrechtung der Betroffenen am deutlichsten zum Ausdruck. Sie sind die extremste der verschiedenen Formen, mit denen der neue Arbeitszwang umgesetzt wird und verdeutlichen dessen Logik: "Arbeiten oder es gibt nichts zu essen". "Ein-Euro-Jobs" stellen faktisch die Einführung eines Arbeitsdienstes für Erwerbslose dar, mit dem öffentliche Ausgaben gesenkt werden sollen. Häufig werden sie reguläre Beschäftigung im öffentlichen Sektor ersetzen. In Marburg werden vor allem Beschäftigte der Stadt, der Universität, der städtischen Gesellschaften und bei den Wohlfahrtsverbänden bedroht sein. So wurden etwa im Bildarchiv der Universität bereits studentische Hilfskräfte entlassen und durch Erwerbslose ersetzt. Das heißt, vor allem ungelernte, bereits jetzt niedrigbezahlte (Hilfs-)Tätigkeiten werden zunehmend durch "Ein-Euro-Jobs" verdrängt. Dies sind in Marburg vor allem die Jobs von StudentInnen, Frauen und MigrantInnen, die zudem jenseits von "Ein-Euro-Jobs" noch mit denjenigen Erwerbslosen konkurrieren dürfen, die zur Annahme von Minijobs durch die "Hartz IV"-Behörde gezwungen werden.

Der mit den verschiedenen Maßnahmen von "Hartz IV" verbundene Arbeitszwang hat aber nicht nur für Erwerbslose, sondern langfristig auch auf reguläre Arbeitsverhältnisse Auswirkungen. Heutige gebrochene Erwerbsbiographien, wie sie etwa viele AkademikerInnen vorweisen, die durch den Wechsel von Arbeitsverhältnissen, Arbeitslosigkeit und Weiterbildung gekennzeichnet sind, werden zum Armutsrisiko. Pausen zwischen zwei Arbeitsverhältnissen sind finanziell nicht mehr abgesichert. Prekäre Beschäftigung wird für die von ihr betroffenen ArbeitnehmerInnen also zunehmend risikoreicher. Gerade dieses Bild der flexiblen und anpassungsfähigen Arbeitskraft wird aber durch "Hartz IV" von den Betroffenen gefordert. So dürfen die Agenturen unter anderem über Umzüge von Erwerbslosen mitentscheiden.

Jenseits prekärer Beschäftigung hat "Hartz IV" aber auch Auswirkungen auf die sogenannten Kernbelegschaften und somit die noch abgesicherten Arbeitsverhältnisse. Die faktische Abschaffung eines Anspruchs auf Sozialhilfe ohne eine Aufnahme von Arbeit bedeutet, dass deren Funktion als Mindestlohn wegfällt. Für die Erwerbslosen bleibt keine Wahl bei der Annahme eines Jobs, da eine Ablehnung sofortige finanzielle Konsequenzen hat. Somit verschiebt sich das Kräfteverhältnis in den Betrieben zum Nachteil der ArbeitnehmerInnen und Niedriglöhne halten Einzug. Weitere Zugeständnisse der Gewerkschaften nach den Niederlagen bei der Arbeitszeit und in den Großbetrieben VW, Opel und Daimler stehen also durch den zusätzlichen Schwund an Verhandlungsmacht an. \u201eHartz IV\u201c beeinflusst so die Lebensrealitäten aller Lohnabhängigen und

macht eine gemeinsame Gegenwehr notwendig. Wer immer noch der Hetze gegen "faule" Erwerbslose und "schmarotzende" SozialhilfeempfängerInnen glauben schenkt, stärkt Reformen den Rücken, die zukünftig die eigene Erwerbsrealität bestimmen und seine soziale Absicherung angreifen.

...her mit dem schönen leben...wir wollen alles...